

Demarkationslinien zwischen Arm und Reich

Stimmung gegen »die da oben«, Niedriglöhne für die ganz unten

Von Richard Schütze

Revolutionär ist die Stimmung noch nicht und noch ruft niemand nach der Guillotine. Aber es brodeln mächtig und viele wünschen »denen da oben« mindestens die Steuerfahndung an den Hals.

Was mit der mediengerecht inszenierten Hausdurchsuchung beim damaligen Vorstandschef der Deutschen Post, Klaus Zumwinkel, und dessen Verhaftung am Valentinstag, dem 14. Februar 2008, begann, setzt sich nun mit der posthumen Heimsuchung des durch Suizid im Mai 2011 aus dem Leben geschiedenen Ex-Playboys und Industriellen Gunter Sachs und anderen Prominenten fort. Das Feldgeschrei ist groß und staatsanwaltliche Hausbesuche oder Vorladungen als besondere Liebesgrüße werden für Betuchte, Wohlhabende und Reiche herbeigesehnt und -geschrieben.

Die Finanzminister aus Bund und Ländern, die sich seit dem Coup beim Postchef für keine Hehlerei und Verwertung von durch Straftaten erlangten CDs aus den südlichen Alpenrepubliken zu schade sind, lechzen nach neuem Stoff, aus dem vereinnahmende Steuerträume blühen. Sensationell heiße Ware blubbt von zehn idyllischen Steueroasen ausgerechnet via Washington als gigantischer Datenschatz mit einem 250 Gigabyte großen Datensatz auf die Schreibtische recherchierte Enthüllungsjournalisten. 2,5 Millionen Dokumente enttarnen 130 000 Personen aus mehr als 170 Ländern, die ihr Geld inkognito in sogenannten Trusts und 120 000 vielfältig verschachtelten Briefkastenfirmen versteckt haben. Unter den Dunkelfrauen und -männern sollen auch Menschen- und Waffenhändler, Schieber, Spekulanten, Zocker, Geldwäscher und anderes zumeist edel gewandetes, aber ansonsten recht lichtscheues Gesindel sein.

Aber auch manch' biedereren Unternehmens- und Steuerberater, Mittelständler und Selbständigen soll die Aussicht verlockt haben, unter Palmen und im feinkörnigen Sand am blütenweißen Meeresstrand seine Schätze für ungebetene Schatzsucher unauffindbar in aller-



Hausdurchsuchung beim damaligen Post- | hier zwischen Anwalt Hanns Feigen und
Chef Klaus Zumwinkel am 14. Februar 2008, | Staatswältin Margit Lichtinghagen. Foto: dpa

lei Konstrukten zu verbuddeln. Alles mit dem Ziel, die heimische Steuer ein wenig zu verkürzen, die Gewinnmargen noch ein bisschen zu steigern und sich klammheimlich ergiebigster Einnahmen und der wundersamen Vermehrung seines Reichtums zu erfreuen.

Aus und vorbei. Über allen Alpengipfeln ist längst nicht mehr Ruh'. Nun knallt es in der Karibik und Südsee noch dazu. Denn jetzt wird gebuddelt, was das Zeug hält, und geargöhnt und spekuliert wie an den Börsen schon lange nicht mehr. Im IT-Zeitalter hat die Hexenkunst der turboschnellen Datenverknüpfung jenen Staub aufgewirbelt, auf dem über verborgenen Schatzkammern grünes Dünengras gewachsen war. Aber nicht nur megaschlaue Datenklauer machen sich über ihre in Geldangelegenheiten recht zugeknöpften Opfer her-

Die politisch korrekte Propagandamaschine hat Witterung aufgenommen und setzt auf breiter Front zur Treibjagd an. Auf die Reichen und Superreichen. Unfassbare 21

bis 32 Billionen Dollar sollen in den Oasen gebunkert worden sein. Da hebt die Phantasie gleich ab. Mit diesem Geld könnte man Zypern, Griechenland, Portugal, ja die gesamte Eurozone retten und noch viel mehr, jubelte eine öffentlich-rechtliche Moderatorin im Morgenmagazin. Sie bedachte dabei nicht, dass auch diese Megasummen mit den vielen Nullen sich nicht als frei verfügbare Scheinchen im sanften Südseewind wiegen, sondern als Risikokapital in den globalen Wirtschaftskreislauf geflossen sind. Wollte man alles auf einen Schlag abgreifen und veräußern, um die Welt zu retten, wäre bei dem dann entstehenden Überangebot das meiste nicht mehr viel wert. Doch neben dieser Binsenweisheit steht wohl auch fest, dass den benachteiligten Ursprungsländern der Kapitalflüchtlinge Steuern in Höhe von schätzungsweise 280 Milliarden Euro vorenthalten worden sind.

Da aber spätestens hört der Spaß auf und schmeckt der Champagner schal. Sich der allgemeinen Steuergerechtigkeit entziehen zu können,

darf kein Privileg von Superreichen sein, denen eine Branche von Helfershelfern lukrative Lotsendienste am Fiskus vorbei andient. Die Grenzlinie zwischen legal und illegal wird oft schwer zu bestimmen sein. Noch schwieriger zu urteilen ist über legitim oder illegitim erworbenen und moralisch einwandfrei oder anrüchig und unethisch genutzten Reichtum. Hochmut und Scheinheiligkeit, selbstgerechte Besserwisserie und heuchlerische Edelmoral geben sich dabei allzu oft ein Stelldichein. Die geheimen Schwarzkonten des Haushaltsministers der sozialistischen Regierung von Frankreichs Präsident François Hollande mit dessen zerplatztem Traum von einem neuen ethischen Politikstil sind ein abschreckendes Menetekel.

Natürlich können Geld und Vermögen frei machen von den Sorgen des Alltags und eine sinnvolle Zukunftsvorsorge befördern. Die Verfügungsmacht über Kapital und Eigentum begleitet aber nicht nur die Sorge vor dem Verlust. Mit ihr geht oft auch ein Gefühl der Ver-

pflichtung, zuweilen gar das Bedürfnis einher, den eigenen Reichtum auch für andere einzusetzen – für ideelle Zwecke. Ein schlechtes Gewissen ist kein gutes Ruhekitzen. Viele wollen der Gesellschaft und ihrem Land zurückgeben, was ihnen an Chancen geboten worden und zuweilen auch durch glückliche Umstände im Leben zugefallen ist. In Deutschland wie in den USA betätigen sich Wohlhabende zunehmend als Mäzene, Sponsoren und Spender. Der SAP-Eigner Hasso Plattner schmückt Vorbild gebend auch die Liste derer, die kulturelle und wohltätige Stiftungen ins Leben rufen oder nachhaltig unterstützen.

Wahr ist aber auch, dass nach einer Studie der Deutschen Bundesbank die berühmten oberen 10 Prozent hierzulande 60 Prozent des Vermögens an Kapital, Grund und Boden besitzen und 50 Prozent der Menschen als untere Hälfte der Bevölkerung sich einstweilen mit mageren 2 Prozent zufrieden geben müssen. Dass die Bundesregierung dies in ihrem im März vorgelegten »Arbeits- und Reichtumsbericht« zu kaschieren suchte, war bestenfalls ungeschickt und dumm. Die überschäumende Kritik, mit der die politische Opposition, aber auch die professionellen Advokaten der Benachteiligten die Regierenden der Fälschung und Schönfärberei ziehen, ließ keinen Moment auf sich warten. Allen voran warf sich als zutiefst besorgter Sozialkümmerer Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, laut klagend und vehement anklagend in die Heldenbrust.

Dabei hatte die Regierung nur dem Wahlvolk die Vermögensverhältnisse in Deutschland in sanfteren Pastellönen ausmalen wollen, um dem von SPD und Grünen für die Generalmobilmachung zur Bundestagswahl im Herbst vorgesehenen Kampagnenthema »soziale Gerechtigkeit« nicht Vorlagen zu liefern. Denn die Situation in Deutschland ist noch längst nicht vergleichbar mit der Lage in den USA, wo ein Prozent der Bevölkerung nahezu 24 Prozent der Einkommen auf sich vereint. In noch immer sozialistisch-diktatorisch wie auch in postsozialistisch-autokratisch regierten Staaten hat sich die jeweilige Nomenklatura mit ihren Clans noch weit größere Vermögen innerhalb kürzester Zeit aneignen können. Der Unterschied: Wenn in demokratisch verfassten Gesellschaften das Fass überläuft und krasse Ungleichheiten und ungerichte Privilegierung nicht mehr akzeptiert werden, bricht eine breite Diskussion auf und können Veränderungen Platz greifen.

Viele Familienunternehmer und Mittelständler ergreifen auch selbst die Initiative und unterstützen ihre Beschäftigten bei der Vermögensbildung – so etwa die Firmen Stihl in Baden-Württemberg oder die Harting-Technologiegruppe in Minden. Mit diesem Thema hätte gerade die Koalition der Mitte punkten können, hat es aber bislang sträflich vernachlässigt. Zudem hat die Umfrage der Bundesbank ja auch überraschend zu Tage gefördert, dass das Durchschnittsvermögen der Deutschen weit unter den Nettovermögen spanischer, französischer und italienischer Haushalte liegt, obgleich die südeuropäischen Euro-Staaten mit deutschem Steuergeld immer wieder subventioniert werden.

»Gründe für die Vermögensunterschiede mögen auch in zwei verlorenen Weltkriegen, in der DDR-Diktatur sowie der rigiden deutschen Steuerverwaltung liegen.«

Gründe für die Vermögensunterschiede mögen auch in zwei verlorenen Weltkriegen mit Flucht und Vertreibung, in der DDR-Diktatur mit ihrer real existierenden sozialistischen Mangelwirtschaft, dem Solidarbeitrag der deutschen Steuerbürger für Ostdeutschland sowie der rigiden deutschen Steuerverwaltung liegen. Dass die SPD als Reaktion auf die Studie von 17 Notenbanken dem Bundesbürger eine noch höhere Besteuerung in Aussicht stellt, dürfte da manchen erschrecken. Zumal die Bürger durch die politisch niedrig gehaltenen Zinsen auf ihre Sparguthaben schon laufend enteignet werden und innerhalb der nächsten 10 Jahre wohl rund ein Drittel ihrer Vermögen einbüßen.

Ganz am Boden aber liegen die, die notdürftig umhüllt in U-Bahnschächten, Bahnhöfen und Flughäfen nächtigen, auch in der kalten Jahreszeit: Die alltägliche Armut der Obdachlosen in unseren Großstädten. Präsent sind sie ebenso in Schalterhallen neben den Geldautomaten wie werktäglich auf den großen Einkaufsstrassen und vor den wärmenden Türschleusen der Kaufhäuser oder sonntags vor den Pforten der Kirchen:

Richtig ist, dass dies in Deutschland kein Massenphänomen ist. Neben den statistisch nur schwer erfassbaren Nichtsesshaften arbei-

ten aber immerhin 23 Prozent der Beschäftigten hierzulande im sogenannten Niedriglohnsektor, also für maximal 10,37 Euro pro Stunde. Ein solches Einkommen allein reicht oft für den Lebensunterhalt nicht aus, 1,4 Millionen Menschen, die in Teilzeit arbeiten oder nur geringfügig beschäftigt sind, müssen deshalb ihren Lohn mit Zuschüssen aus staatlichen Sozialbudgets aufstocken.

Allerdings sind die meisten Teilzeitarbeitnehmer Nebenverdiener und verfügen über Renten oder können auf Einkünfte eines Hauptverdieners in der Familie zurückgreifen. Bei 3 Millionen registrierten Arbeitslosen und 4,4 Millionen Beziehern von Arbeitslosengeld II stimmt aber auch, dass jeder zweite aus Hartz IV auf einen Arbeitsplatz Vermittelte nach einem Jahr wieder in die Arbeitslosigkeit zurück fällt. Dieser als »Drehtüreffekt« gegebene Umstand ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass es für den schwierigen Weg aus der Arbeitslosigkeit zurück in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung über leider instabile Jobs keine vernünftige Alternative gibt.

Zugleich stimmt auch, dass die Erwerbsquote in Deutschland im Jahr 2011 mit 77 Prozent oder 41,6 Millionen Beschäftigten den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung darstellt. Deutschland als das bevölkerungsreichste Land in der EU präsentiert sich als Wachstums- und Jobmotor und als ein Hort der wirtschaftlichen Stabilität und sozialen Wohlfahrt. Die Arbeitgeber und die Gewerkschaften als Gegen- und Ordnungsmacht haben als Sozialpartner über eine Dekade hinweg mit Augenmaß und großer Verantwortung sichergestellt, dass die Banken- und Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 sich nicht zu einer



Richard Schütze ist Volljurist und betreut als Medien- und Politikberater und geschäftsführender Gesellschafter der Berliner Unternehmensberatung »Richard Schütze Consult« Unternehmen, Verbände und Politiker.

nachhaltigen Wirtschafts- und Beschäftigungskrise ausgewachsen und dass die aktuelle Euro-Staats-schuldenkrise bislang noch keine sozialen Verwerfungen gezeitigt hat. Ein Arbeits- oder Teilzeitarbeitsplatz, auch eine geringfügige Beschäftigung oder Arbeit bei einem Zeitarbeitsunternehmen haben sich als der sicherste Weg zum Einstieg in eine dauerhaft geregelte Erwerbsarbeit mit einem eigenständig erworbenen Einkommen und damit für viele auch einer umfassenderen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erwiesen. Branchenübergreifend ausgehandelte und sich weiter abzeichnende Tarif-erhöhungen tragen dazu bei, die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen eher wieder etwas zu schließen.

Bei der Berechnung der relativer Armut, bei der ein mittleres Einkommen genau in der Mitte zwischen den höheren und den niedrigeren Einkommen zum Maßstab genommen wird, liegt dieses sogenannte Medianeinkommen in Deutschland bei 1500 Euro im Monat, 60 Prozent des nationaler Medianeinkommens gelten als Armutsrisikogrenze; diese liegt also derzeit bei 900 Euro. 50 Prozent gelten als Armutsgrenze; diese liegt damit derzeit bei 750 Euro. Allerdings steigen mit jeder Lohnerhöhung automatisch auch die sich errechnenden Armutsquoten. Dieser Automatismus kann dazu führen, dass auch eine überdurchschnittlich wohlhabende Nation als arm erscheint und sich selbst arm rechnet. Denn in den Augen des Auslands leben die Deutschen in einem Paradies, das sie selbst allerdings in ihren Medien zuweilen als Katastrophe wahrnehmen. Nach heutiger Berechnung gelten 15,6 Prozent der Bundesbürger, also etwa jeder sechste Einwohner, als arm. In Ranking der EU-Staaten mit einem Durchschnitt von 16,4 Prozent belegt Deutschland einen Mittelplatz.

Der Staat kann weder das Glück auf Erden noch eine vollkommene gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen herstellen oder gar gewährleisten. Forderungen nach immer mehr Umverteilung und weitere Aufblähung der Sozialbudgets drohen den Sozialstaat, vor allem aber die ihn finanzierenden Bürger zu überfordern. Auch Sozialfunktionen ist ein Sozialrealismus zu wünschen, der neben aller berechtigten Kritik die grandiosen Leistungen von Staat, Wirtschaft und den steuerzahlenden Bürgern anerkennt. Dann kann immer wieder das große auf Eigeninitiative gegründete Ziel von Ludwig Erhardt solidarisch angesteuert werden: Wohlstand für alle.